

STUDIEN

Zwei neue Studien der OBS werden vorgestellt, und die Studie „Produktionscluster in Ostdeutschland“ ist als Buch erschienen.

Seite 2

RECHTSEXTREMISMUS

„Rechtsextremismus in den Gewerkschaften - Vorurteil oder Realität?“ lautet die provokante Frage der Tagung der Otto Brenner Stiftung, die in Kooperation mit der IG Metall im September in Berlin stattfindet.

Seite 4

ZUKUNFTSDEBATTE

Wie wird sich die Erwerbsarbeit in Zukunft verändern? Ist das Normalarbeitsverhältnis in der Krise oder gar in Auflösung begriffen? Ein Ausblick von Alexandra Wagner, Mitglied im Arbeitskreis Zukunft der OBS.

Seite 6

MITTEL- UND OSTEUROPA

Anfang Mai trafen sich in Berlin mehr als 120 TeilnehmerInnen zu einer internationalen Konferenz über die sozialen Dimensionen der EU-Osterweiterung. Die wichtigsten Standpunkte in der kontroversen Diskussion schildert Dieter Segert.



Seite 8

POST AUS RIGA: Axel Reetz über die soziale Lage in den

baltischen Staaten

Seite 3

BRENNERBERATER: Wolfgang Schroeder über Tarifpolitik

im Osten Deutschlands

Seite 7

BUCHBESPRECHUNG: Herbert Ehrenberg rezensiert Viviane

Forresters Buch „Diktatur des Profits“

Seite 10



Otto Brenner Preis 2001:

Noch bis zum 30. Juni können Bewerbungen eingereicht werden. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Jahrestagung der OBS am 25. Oktober in Berlin statt.

Seite 4

Guten Tag,

heute möchte ich sie auf ein neues Projekt hinweisen, das wir gemeinsam mit Mitgliedern des Arbeitskreises Rechtsextremismus der OBS entwickelt haben. Es heißt „Zivilcourage zeigen“ und ist ein handlungsorientiertes Training zur Interkulturalität und gegen Fremdenfeindlichkeit. Was und wen wir damit erreichen wollen, sagen Ihnen die Mitinitiatoren auf Seite 5 in diesem Heft.

Ihre Heike Kauls

Konsolidierung und Sanierung auf regionaler Ebene

In den 90er Jahren wurden in Deutschland in den traditionellen Industriebranchen wie beispielsweise Maschinenbau, Elektrotechnik, aber auch Textil- und Bekleidungsindustrie Arbeitsplätze in erheblichem Umfang abgebaut. 1,3 Millionen Menschen verloren ihre Beschäftigung.

Im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung wurde im März 2001 eine Studie der Autorinnen Waltraud Bruch-Krumbein, Elke Hochmuth und Astrid Ziegler zu diesem Thema abgeschlossen. Im Mittelpunkt dabei stand die Frage, welche Möglichkeiten in der kommunalen Wirtschaftsförderung bei der Konsolidierungs- und Sanierungspolitik für Unternehmen in Schwierigkeiten bestehen und welche Aktivitäten tatsächlich ergriffen werden. Die Autorinnen untersuchten acht Standorte in West- und Ostdeutschland – Augsburg, Bielefeld, Chemnitz, Dessau, Kaiserslautern, Leipzig, Mannheim und Wilhelmshaven – in denen sie jeweils ExpertInnenge-

sprache und Fallstudien durchführten. Das besondere Interesse galt der Vorgehensweise, wie auf lokaler und regionaler Ebene Betrieben geholfen wird. Bei der Suche nach möglichen Hauptakteuren wurden zunächst hypothetische Gruppen identifiziert:

1. Betriebliche Akteure: Unternehmenseigentümer, -geschäftsführer, Belegschaften, Betriebsräte;
2. Wirtschaftsnahe Akteure: kommunale Wirtschaftsförderung, Kammern, Arbeitgeberverbände, Kreditinstitute und
3. arbeitsorientierte Akteure: örtliche Arbeitsverwaltung, Beschäftigungsförderung und Gewerkschaften. Die Autorinnen stell-

ten fest, dass sich kein Hauptakteur bestimmen lässt. Je nach Problemlage des Einzelfalles wird unterschiedlich von meist mehreren Akteuren gehandelt.

Die Kommunikation unter den Akteuren scheint in den meisten Fällen verbesserungswürdig. Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Akteuren wird von den Autorinnen dringend empfohlen. Die Möglichkeiten der Sanierungs- und Konsolidierungspolitik sind angesichts der geringen finanziellen Hilfen meist relativ eingeschränkt. Allerdings können Kommunen aufgrund der neutralen Position Kontakte organisieren, in Konfliktfällen vermitteln, Verhandlungen moderieren und Prozesse koordinieren.

Als Fazit regen die AutorInnen an, die kommunale Wirtschaftsförderung und die betriebsnahe Arbeitsmarktpolitik besser aufeinander abzustimmen.

Die OBS wird diese Untersuchung im Juli als Arbeitsheft Nr. 22 veröffentlichen. Von der Internetseite kann die Untersuchung dann als PDF-Datei heruntergeladen werden.

Qualifikationsbedarf und berufliche Weiterbildung

Die Unternehmen der Metall- und die Elektroindustrie sind ein zentraler Wirtschaftsfaktor in Ostdeutschland. Im Sommer 2000 führte die Gesellschaft für arbeitsorientierte innovative Strukturentwicklung in Sachsen-Anhalt (GAISA) eine Befragung zum Qualifikationsbedarf und zum Stand der beruflichen Weiterbildung in Unternehmen in Sachsen-Anhalt durch.

Bei der Erhebung, gefördert durch die Otto Brenner Stiftung, wurden 41 Mitgliedsunternehmen des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts (VME) befragt. Zwar sind die Ergebnisse der Befragung nicht repräsentativ, sie können aber als solide Trendaussagen gewertet werden.

So zeigte sich, dass die in der Diskussion über die ostdeutsche Wirtschaft immer wieder angeführte problematische Altersverteilung

anhand der Ergebnisse deutlich belegt werden kann.

Der Anteil der Beschäftigten über 55 Jahre in den befragten Betrieben der Metall- und Elektroindustrie Sachsen-Anhalts beträgt 16 Prozent. Dagegen sind nur 13 Prozent der Belegschaften in den befragten Betrieben jünger als 30 Jahre. Ein erheblicher Anteil des Personals mit spezifischen Erfahrungen und Qualifikationen wird in den nächsten Jahren ausscheiden. Für

qualifizierte Nachrücker, die mittel- und langfristig benötigt werden, ist noch nicht in ausreichendem Maße gesorgt.

In den befragten Betrieben wird die berufliche Weiterbildung als wichtig anerkannt. 36 Prozent der Beschäftigten haben in den vergangenen Jahren an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen. Gerade in den kleineren Betrieben, wo Beschäftigte vielfach verschiedene Aufgaben übernehmen müssen, herrscht ein Bewusstsein dafür, dass eine Qualifikation der Beschäftigten unabdingbar ist. 30 Prozent der Betriebe wollen den Umfang an Weiterbildungsmaßnahmen in den nächsten Jahren steigern, 59 Prozent diesen stabil halten. Nur 5 Prozent der Betriebe beabsichtigen, die Weiterbildung für Mitarbeiter zu reduzieren.

In den befragten Betrieben Sachsen-Anhalts wurde nur für wenige Berufe ein Fachkräftebedarf vorgestellt. Allerdings wurde der Fachkräftemangel vor allem für große Unternehmen und den Maschinenbau gesehen.

Die Befragung von Wilfried Kurtzke und Uwe Neumann erscheint demnächst als Arbeitsheft bei der Otto Brenner Stiftung. Das Arbeitsheft kann dann von der Internetseite der Stiftung www.otto-brenner-stiftung.de heruntergeladen werden.

Projektergebnisse als Buch erschienen

Produktionscluster in Ostdeutschland, die Studie von Professor Dr. Stefan Krätke und Christoph Scheuplein, ist im Auftrag der Otto Brenner Stiftung als Buch erschienen.

Wirtschaftliche Dynamik und Innovation entsteht häufig innerhalb einer räumlichen Konzentration von Unternehmen und Institutionen. Diese Erkenntnis hat regionale Wertschöpfungsketten und Netzwerke in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Bezugspunkt der Wirtschafts- und Forschungspolitik werden lassen. Besondere Bedeutung hat dies für Standorte noch junger Wertschöpfungsbeziehungen. Gerade in den Neuen Bundesländern, wo nach 1989 die Unternehmensnetze zerrissen wurden und sich die Forschungsinfrastruktur sehr verändert hat, ist die Suche nach neu entstehenden Beziehungen notwendig.

Stefan Krätke und Christoph Scheuplein untersuchen in ihrem Buch die Produktionscluster der Filmwirtschaft in Potsdam-Babelsberg und der Holzwirtschaft im Land Brandenburg mit strukturpolitischen Schlussfolgerungen. Am konkreten Fall werden die Instrumente und die Vorgehensweise bei der Netzwerkanalyse von Produktionsclustern entwickelt. Die Autoren vermitteln damit zugleich theoretische und methodische Grundlagenkenntnisse in Wirtschafts- und Sozialgeographie sowie forschungs-



strategische Anregungen für regionale Struktur- und Förderungspolitik.

Diese Fragen interessierten nicht nur die OBS, mit deren Hilfe das Projekt realisiert werden konnte, sondern auch zahlreiche Wissenschaftler, Betriebsräte und gewerkschaftliche Funktionäre. Wir haben uns deshalb entschieden, wie im BrennerBrief Nr. 5 angekündigt, die Projektergebnisse als Buchpublikation zu veröffentlichen.

Das Buch „Produktionscluster in Ostdeutschland“ ist zum Preis von DM 10,- plus Versandkosten ab Juli 2001 bei der OBS erhältlich.
Bestellung an: obs@igmetall.de



Post aus ...

.... Riga

Die baltischen Staaten erlebten in den Jahren 1989 bis 1991 ähnlich wie die anderen Staaten Osteuropas einen dramatischen wirtschaftlichen Zusammenbruch, da die baltische Wirtschaft eng mit der sowjetischen verflochten war. Nach der Unabhängigkeit mussten die Energielieferungen in harter Währung gezahlt werden. Das Bruttosozialprodukt sank innerhalb weniger Jahre um 30 bis 40 %, und das Realeinkommen verminderte sich zeitweise um mehr als die Hälfte.

Die Arbeitslosigkeit erreichte besonders in der Industrie hohe Werte. Das soziale System der sozialistischen Zeit war von heute auf morgen nicht mehr funktionsfähig, eine Umstellung von staatlicher Finanzierung hin zu einem gemischt finanzierten Versicherungssystem war erforderlich, eine Reform, die bisher nur teilweise durchgesetzt werden konnte.

In Estland gibt es eine örtliche Krankenkasse, die ähnlich wie in Deutschland an den Arbeitsplatz gebunden ist und von Arbeitgebern und Arbeitnehmern anteilmäßig bezahlt wird. In Lettland ist die Krankenversicherung noch freiwillig – mit der Konsequenz, dass viele Menschen nicht krankenversichert sind.

Allerdings sichert auch die Krankenversicherung nicht immer eine ausreichende Versorgung. Das medizinische Personal wird so schlecht bezahlt, dass Schmiergeldzahlungen bei größeren operativen Eingriffen üblich sind. Das fängt bei einer Tafel Schokolade an und endet mit direkten Barzahlungen. Doch damit nicht genug, die Krankenkassen verteilen die Gelder zum Teil pauschal an die Krankenhäuser. Wenn kein Geld mehr vorhanden ist, gefährdet dies die medizinische Versorgung.

So hat sich das Krankenhaus der Notärzte in der lettischen Hauptstadt Riga kürzlich geweigert, weitere Patienten aus der Umgebung der Stadt aufzunehmen, weil die dortige Krankenkasse bereits ihr gesamtes Budget ausgegeben hatte. Neue Patienten mussten in ein Krankenhaus jenseits des Flusses gebracht werden, das weit entfernt liegt. Neben diesen direkten Problemen der Finanzierung des Gesundheitswesens, gibt es weitere Veränderungen der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung: Eine gestiegene Zahl von Rauschgiftsüchtigen, Aidskranken und die schlimmen Zustände sanitärer Einrichtungen in manchen Internaten für Studenten und Soldaten. Es treten alarmierend viele Fälle von Diphtherieerkrankungen und Tuberkulose auf.

Die baltischen Staaten gehören zu den Ländern des ehemaligen Ostblocks, in denen die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1989 gesunken ist. Entsprechend der Daten des Entwicklungsprogramms der UNO sank sie in allen baltischen Staaten seit 1975 um ca. zwei Jahre. Das ist ein deutliches Zeichen der ernstesten Probleme des dortigen Sozialsystems.

Axel Reetz, Doktorand am Osteuropa-Institut der FU Berlin und freier Journalist in Riga, Lettland

■ OBS-TAGUNG AM 27. UND 28. SEPTEMBER IN BERLIN

Rechtsextremismus in den Gewerkschaften – Vorurteil oder Realität?

Das Thema Rechtsextremismus wird auch in diesem Jahr zentraler Bestandteil der Aktivitäten der Otto Brenner Stiftung sein. Ich möchte Sie darum schon heute auf unsere nächste Veranstaltung hinweisen, die am 27. und 28. September hier in Berlin stattfinden wird. Im Mittelpunkt dieser Tagung steht der Rechtsextremismus in den Gewerkschaften.

Vorurteil oder Realität? – so die provokante Frage, die jenseits aller Tabus eine breite Diskussion anregen soll. In vier Diskussionsrunden wollen wir mit Vertretern aus Wissenschaft, Gewerkschaft, Politik und Wirtschaft das Thema aus verschiedenen Richtungen beleuchten:

- Rechtsextremismus in der Gesellschaft – empirische Befunde;
- Rechtsextremismus in den Gewerkschaften – gewerkschaftliche Erfahrungen;
- Betrieblicher Umgang mit Rechtsextremismus – Beispiele aus der Praxis;
- Anforderungen an Gewerkschaften, Politik und Arbeitgeber.

Welche empirischen Befunde gibt es? Hier werden unter anderem Forschungsergebnisse einer Industriearbeiter-Studie und Ergebnisse des Instituts für Kindheits- und Jugendforschung Potsdam vorgestellt.

Im Anschluss daran werden Gewerkschaftsvertreter ihre Erfahrungen mit dem Rechtsextremismus darlegen. Welche Konsequenzen Gewerkschafter daraus für gewerkschaftspolitisches Handeln ableiten, soll das Kerninteresse der anschließenden Diskussion sein.

Im dritten thematischen Teil der Tagung werden Beispiele aus der betrieblichen Praxis vorgestellt, die zeigen, dass es in den Gewerkschaften erfolgreiche Projekte gibt. Natürlich soll aber auch darüber gesprochen werden, wo die Grenzen im betrieblichen Umgang mit dem

Rechtsextremismus liegen.

Den Abschluss dieser Veranstaltung bildet eine Diskussion mit Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall; Marieluise Beck, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung und Norbert Beusel, Vorstandsmitglied von debis.

Wenn Sie an dieser Tagung teilnehmen möchten, können Sie sich ab Juli auf unserer Homepage (www.otto-brenner-stiftung.de) anmelden oder Sie schicken eine E-Mail. Heike Kauls

Weitere Informationen erhalten Sie von Heike Kauls, Telefon 0 30/25 39 60 13 und E-Mail: obs@igmetall.de



Jugend für Zivilcourage – Otto Brenner Preis 2001

In einer bundesweiten Aktion hat die Otto Brenner Stiftung in diesem Jahr den Otto Brenner Preis 2001 ausgeschrieben. Er steht unter dem Motto „Jugend für Zivilcourage“ und wird an Jugendliche verliehen, die sich engagiert und couragiert für die Demokratie in Deutschland und gegen Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass eingesetzt haben.

Bislang sind zahlreiche Bewerbungen von Schülern und Studenten, von Projekten und Initiativen eingegangen. Diese große Resonanz zeigt, dass die Otto Brenner Stiftung mit ihrem Engagement richtig liegt.

Mit dem Otto Brenner Preis wollen wir junge Menschen im Kampf gegen Rechtsextremismus stärken und ihnen Mut machen. Dies ist für uns besonders wichtig, denn die Jugendlichen von heute sind die künftigen Säulen unserer Demokratie. Mit der Vergabe des Otto Brenner Preises soll aber auch dem Engagement junger Menschen gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft ein öffentliches Forum gegeben und nicht zuletzt auch ihre meist ehrenamtliche Arbeit finanziell unterstützt werden.

Ich möchte Sie deshalb nochmals auffordern, weitere Vorschläge zu unterbreiten und gleichzeitig an die Einreichungsfrist erinnern – dies ist der **30. Juni**. Auch wenn nicht alle Vorschläge unter den ersten vier sein werden, so ist es unserer Meinung nach doch wichtig, möglichst viele Aktivitäten zu kennen.

Die Preisverleihung findet im Rahmen der Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung am Vormittag des 25. Oktober in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg in Berlin statt. Am Abend veranstalten wir zu Ehren der Preisträger einen Festakt.

■ PROJEKT DER OBS

Zivilcourage zeigen – Ein handlungsorientiertes Training zur Interkulturalität und gegen Fremdenfeindlichkeit

In den Medien ist das Thema Rechts-extremismus wieder in den Hintergrund gerückt. Dabei ist das Problem unverändert brisant. Viele neue Initiativen engagieren sich jedoch im Kampf gegen Rechts.

So hat auch die Otto Brenner Stiftung Projekte auf den Weg gebracht. Ein Projekt, das im Nachgang zur Tagung in Leipzig im Dezember letzten Jahres entwickelt worden ist, möchten wir heute kurz vorstellen.

Das neue Projekt: „Zivilcourage zeigen – Ein handlungsorientiertes Training zur Interkulturalität und gegen Fremdenfeindlichkeit“ wurde von Mitgliedern des Arbeitskreises Rechtsextremismus der OBS entwickelt. Für das Projekt wird ein Förderantrag bei „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“, einem Programm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus der Bundesregierung, gestellt. Projekte die sich mit diesem Themenspektrum beschäftigen, können hier eine finanzielle öffentliche Förderung erfahren.

Vor-Urteile überprüfen

Das Ziel des Projektes besteht darin, Menschen, die sich fremd sind und einander mit Vorurteilen begegnen, mit ihren eigenen emotionalen Dispositionen und denen anderer Menschen in Kontakt zu bringen. Es soll die Gelegenheit angeboten werden, Vor-Urteile und ihre Auswirkungen des eigenen Handelns zu überprüfen, die eigenen Ziele und Absichten herauszufinden und Handlungs- oder Verhaltensalternativen zu entwickeln, die Menschen in die Lage versetzen, angemessen zu agieren.

Auf der letzten Tagung der Otto

Brenner Stiftung im Dezember letzten Jahres in Leipzig wurde dieses Konzept zum ersten Mal erprobt und stieß auf sehr große positive Resonanz.

Interkulturelles Verständnis fördern

Dieses Training kann unter anderem sehr hilfreich sein, um manifesten Störungen des Betriebsfriedens vorzubeugen, da es für „Fremdheitsphänomene“ sensibilisiert und interkulturelles Verständnis fördert. Darüber hinaus werden individuell angepasste Handlungsoptionen in rassistisch und fremdenfeindlich inspirierten Sozialsituationen erarbeitet und in Rollenspielen trainiert.

Das Projekt ist konzipiert auf einen Zeitraum von drei Jahren. Es soll in insgesamt 46 IG Metall-Verwaltungsstellen als Workshop angeboten werden. Im ersten halben Jahr erfolgt die Pilotphase, in der sechs ausgewählte Verwaltungsstellen das Konzept erproben sollen. Nach der Evaluationsphase sollen dann in den darauf folgenden zwei Jahren jeweils 20 Workshops den Verwaltungsstellen angeboten werden. Das letzte halbe Jahr steht im Zeichen der Projektabwicklung und der wissenschaftlichen Auswertung des Projektes. **Bernward Budde, Tamara Uh-Tückardt, Oliver Schneider**



Verwaltungsstellen, die an einem dieser Workshops teilnehmen möchten, können sich entweder per Mail oder telefonisch an die Otto Brenner Stiftung wenden:

Kontakt:

Heike Kauls, Telefon: 030/25 39 60 13 oder heike.kauls@igmetall.de

Bernward Budde, Tamara Uh-Tückardt, Oliver Schneider
Mitglieder im Arbeitskreis Rechtsextremismus der OBS

ZU DEN PERSONEN

Bernward Budde, Trainer, Supervisor und Organisationsberater an der IG Metall Bildungsstätte Berlin-Pichelsee und Mitglied des Arbeitskreises Rechtsextremismus in der Otto Brenner Stiftung berät bei der Konzeption der Workshops und wird die Workshops mit durchführen.

Tamara Uh-Tückardt, Psychologin sowie Leiterin des Psychodrama-Zentrums in Berlin und Mitglied des Arbeitskreises Rechtsextremismus der Otto Brenner Stiftung, wird die Konzeption entwickeln sowie die Workshops mit durchführen.

Oliver Schneider, Bildungsreferent der IG Metall und Mitglied des Arbeitskreises Rechtsextremismus wird die Projektleitung übernehmen, an der Konzepterstellung mitarbeiten und die Workshops mit durchführen.

Zur Zukunft der Erwerbsarbeit

Die „Zukunft der Arbeit“ ist eines der fünf Leitthemen der Zukunftsdebatte der IG Metall. Neben dem Thema „Zukunft der Gewerkschaften“ steht es im Mittelpunkt verschiedener Befragungen. Die IG Metall führt nicht nur empirische Untersuchungen durch, sondern will sich auch ein Bild über die wissenschaftliche Diskussion zu den Leitthemen machen. Dieser Strang der Debatte wird vom AK Zukunft der OBS begleitet.

Eine Grundlage für die Diskussion bietet eine Expertise des Instituts Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen. Die Expertise wird erarbeitet von G. Bosch, T. Kalina, S. Lehndorff und A. Wagner. Sie beschäftigt sich mit den Kernfragen der wissenschaftlichen Debatte. Diese sollen in den Zukunftsreport einfließen, den die IG Metall im Herbst vorlegt.

Schon die Ausgangsfragen zur zukünftigen Bedeutung der Erwerbsarbeit sind umstritten: Sinkt die Relevanz der Erwerbsarbeit, wie es die These vom „jobless growth“

nahe legt? Oder belegen wachsende Erwerbsquoten von Frauen und das Wachstum der Zahl abhängiger Beschäftigungsverhältnisse eher das Gegenteil? Ist das Normalarbeitsverhältnis in der Krise oder gar in Auflösung begriffen? Oder belegen die gleich bleibende Vollzeitintensität und die Zunahme der absoluten Zahl der Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse eher seine Stabilität?

Gesellschaftspolitische Leitbilder

Die AutorInnen der Expertise plädieren dafür, zunächst eine Debatte über gesellschaftliche Leitbilder zu führen. Wann immer über Einzelfragen der Ausgestaltung und Reformierung des Erwerbs- und Sozialsystems diskutiert wird, liegen der Kontroverse unterschiedliche gesellschaftliche Leitbilder zugrunde. Gesellschaftspolitische Leitbilder müssen Antwort auf die Frage geben, wie die Erwerbsarbeit organisiert und verteilt werden kann und soll. In die Diskussion einbezogen

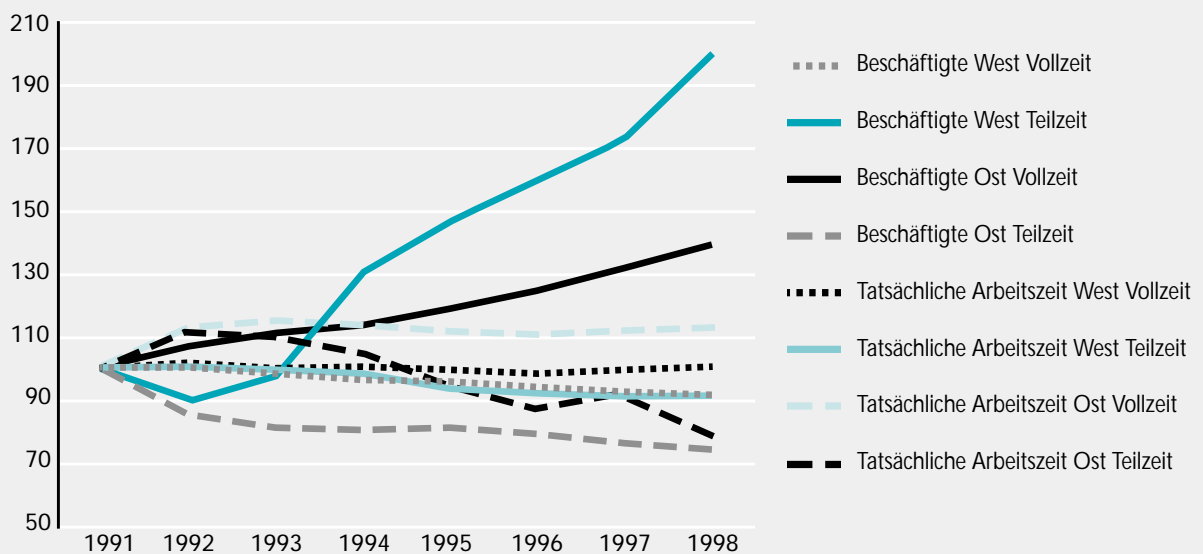
werden muss aber auch, wie notwendige reproduktive Arbeiten (zum Beispiel Kindererziehung und Pflege) gesellschaftlich unterstützt, wie die Erwerbsfähigkeit der Beschäftigten erhalten und wie nicht oder nur eingeschränkt erwerbsfähige Personen sozial gesichert werden sollen.

Neue Trends in der Arbeitsorganisation

Die Differenzierung von Beschäftigungsformen in den 90er Jahren brachte die These von der schleichenden Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses hervor. Zum einen wird dabei eine Pluralisierung von Lebens- und Familienformen und eine Individualisierung und Differenzierung von Erwerbswünschen unterstellt. Zum anderen werden neue Entwicklungstrends in der Arbeitsorganisation festgemacht. Am „oberen Rand“ der Beschäftigung zeigt sich, dass ein immer größerer Teil der Beschäftigten seine Arbeit selbst organisiert. Gleichzei-

Beschäftigte und Arbeitszeiten

Entwicklung der Zahl der Beschäftigten und der durchschnittlichen Arbeitszeiten in Ost- und Westdeutschland





tig werden in vielen Bereichen unbefristete Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse durch so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse ersetzt. Das führt dazu, dass sich am „unteren Rand“ die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und „neue“ Formen von Selbstständigkeit ausbreiten, die häufig genug lediglich aus Scheinselbstständigkeit bestehen.

Im nebenstehenden Schaubild wird gezeigt, wie die Zahl von Arbeitsverhältnissen in Teilzeit zugenommen, die durchschnittliche Wochenstundenzahl in Teilzeitjobs gleichzeitig aber abgenommen hat. Damit wird empirisch belegt, wie viel Bewegung in die Beschäftigungs- und Arbeitszeitstrukturen gekommen ist. Die Zunahme der überwiegend von Frauen wahrgenommenen Teilzeitarbeit geht jedoch nicht zu Lasten der Vollzeitintensität. Somit kann sie nicht als Beleg für die angebliche „Erosion“ des Normalarbeitsverhältnisses dienen. Hinzu kommt, dass Teilzeit und insbesondere geringfügige Beschäftigung häufig nur eine Episode im Erwerbsleben darstellen.

Die AutorInnen sprechen sich für neue Formen der Regulierung von Arbeit aus und für die Schaffung von Voraussetzungen, damit Männer und Frauen gleichermaßen entsprechend ihren Wünschen an der Erwerbsarbeit teilhaben können. Ein „neues Normalarbeitsverhältnis“ sollte kürzere Arbeitszeiten und eine individuelle soziale Sicherung von Frauen und Männern beinhalten. Erst vor dem Hintergrund einer solchen Regulierung ist wirkliche Wahlfreiheit in Bezug auf Erwerbs- und Arbeitszeitformen möglich.

Alexdra Wagner

ZUR PERSON

Dr. Alexandra Wagner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut Arbeit und Technik (IAT) im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen, Telefon 0209-1707-143, wagner@iatge.de und Mitglied im Arbeitskreis Zukunft der OBS.

Tarifpolitik bietet soliden Rahmen für die ostdeutsche Metallindustrie

Die Flächentarifvertragspolitik in Ostdeutschland ist zwar noch jung, aber bereits von einer bewegten Geschichte geprägt. Fest steht, dass der Aufbauprozess ohne westdeutsche Strukturen mühevoller und ungerechter verlaufen wäre. Die Tarifpolitik bot einen soliden Rahmen dafür, dass sich die ostdeutsche Metallindustrie aus der maroden Staatswirtschaft herauslöste und sich als erfolgreiche, dynamische Regionalökonomie konsolidieren konnte. Trotzdem wird die Tarifpolitik von den Arbeitgebern häufig als Sündenbock betrachtet, der dafür verantwortlich sei, dass der Aufbau Ost nicht so schnell wie erhofft vorankomme.

Seit 1995 zeigen Auftrags- und Umsatzzahlen und auch die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in der ostdeutschen Metallindustrie ständig nach oben. Die Lohnstückkosten liegen mittlerweile ungefähr auf Westniveau. Trotzdem bleiben die Tariflöhne bislang um circa 10 % und die Effektivlöhne rund 30 % hinter dem Westniveau zurück. Die Differenz bei den Tariflöhnen ergibt sich vor allem aus der im Osten drei Stunden längeren Wochenarbeitszeit. Die Differenz bei den Effektivlöhnen ist maßgeblich auf Tarif- und Verbandsflucht zurückzuführen. Mit dem Hinweis auf die schwierige Arbeitsmarktsituation außerhalb der Metallindustrie sowie die insbesondere von Politik und Konzernen geschürte Standortkonkurrenz versuchen die Arbeitgeber die Lohnabschlagspolitik als Standortvorteil herauszustellen. Dagegen verlangt die IG Metall die Übernahme westdeutscher Pilotabschlüsse und die Beseitigung der noch vorhandenen Unterschiede zu Westdeutschland. Denn die ostdeutschen Arbeitnehmer dürfen nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Zudem wäre es für die weitere industrielle Entwicklung in Ostdeutschland fatal, angesichts der Osterweiterung der EU, wenn man versuchen würde, sich als Billiglohngebiet zu behaupten. Diesen Wettbewerb würde man verlieren, bevor man ihn überhaupt begonnen hat.

Angesichts der Tatsache, dass von den Arbeitgebern selbst ein drohender Facharbeitermangel festgestellt wurde, der sich alleine für das verarbeitende Gewerbe in Sachsen auf perspektivisch etwa 30.000 Beschäftigte belaufen kann, wären die Arbeitgeberverbände gut beraten, sich wieder auf eine engere Kooperation mit den Gewerkschaften einzulassen und den „gerechten Lohn“ als Grundlage für eine moderne Ökonomie zu begreifen. Die tarifpolitische Problemkonstellation in Ostdeutschland kann auf fünf Hauptlinien konzentriert werden:

1. abnehmende Geltungskraft des Flächentarifvertrages
2. starke Verbetrieblichung der Arbeitsbedingungen
3. stecken gebliebene Angleichung zu den Westniveaus
4. abnehmende Tarifbindung vor allem in der kleinbetrieblichen Struktur
5. mangelnde Reaktion der Tarifpolitik auf den Fachkräftemangel

Der künftige Weg der ostdeutschen Tarifpolitik muss sich sowohl darauf konzentrieren, die Kluft zum Westen zu schließen, wie auch eine weitere Modernisierung der Tarifverträge zu erreichen.

Lesen:

Wolfgang Schroeder, Das Modell Deutschland auf dem Prüfstand. Zur Entwicklung der industriellen Beziehungen in Ostdeutschland. Westdeutscher Verlag, Opladen 2000.



Dr. Wolfgang Schroeder arbeitet in der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall

■ TAGUNGSBERICHT

Chancen nutzen, Ängste abbauen – Internationale Konferenz der OBS

Seit der Regierungskonferenz von Nizza schälen sich die Konturen für den Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU immer klarer heraus. Die Bürger der ersten Staaten sollen bereits an den Wahlen zum europäischen Parlament im Jahre 2004 teilnehmen können. Mit dem Näherrücken der Osterweiterung treten allerdings auch viele Ängste – in der EU wie in den Beitrittsländern – deutlich hervor.

Die Otto Brenner Stiftung hatte sich vorgenommen, mit ihrer internationalen Konferenz Anfang Mai in Berlin sich in diese Debatte einzumischen und zu ihrer Versachlichung beizutragen. Darauf wies Michael Blank, einer der beiden Geschäftsführer der Stiftung, zu Beginn der Tagung hin. Mehr als 120 Wissenschaftler, Gewerkschafter, Vertreter staatlicher Behörden, Unternehmer und Journalisten aus elf osteuropäischen und fünf westeuropäischen Ländern waren nach Berlin gekommen.

Petra Erler, Mitglied des Kabinetts von dem für die Osterweiterung zuständigen EU-Kommissar Günter Verheugen, erinnerte in ihrem Referat an die eigentliche historische Dimension der „Osterweiterung“: Es gehe um die Überwindung der Teilung des Kontinents durch den Kalten Krieg. Insofern liege sie im Interesse nicht nur der Kandidatenländer, sondern auch der Westeuropäer. Erler berichtete detailliert über den Fortgang der Verhandlungen und aktuelle Entscheidungen der Kommission. In der Diskussion wurden eine Reihe von Problemen gestreift: das starke Wohlstandsgefälle an der jetzigen EU-Ostgrenze, die Konzentration von Belastungen infolge der Erweiterung auf bestimmte Regionen und Branchen, die Folgen einer Übertragung des Quoten- und Beihilfesystems auf die neuen Mitglieder, aber auch Detailfragen wie die Bildung einer EU-weiten Grenzpoli-

zei oder die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und dem russischen Gebiet Kaliningrad. Deutlich wurde, dass auch in den Beitrittsländern Ängste bestehen. So fürchtet man sich in Osteuropa vor Überfremdung durch westliches Kapital oder dem Ausverkauf des Landes an Ausländer.

Petra Erler wies darauf hin, dass es zwischen Ost und West ein Informationsgefälle gebe. Die Beitrittskandidaten seien viel besser über die Sorgen der bisherigen Mitglie-



Dr. Petra Erler,
Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Günter Verheugen und
Dr. Michael Blank,
Geschäftsführer der OBS

der informiert als umgekehrt. Das bestätigte sich auch auf der Tagung. Teilnehmer aus Osteuropa versuchten in einigen Referaten der nachfolgenden Paneldiskussion, die Ängste der Westeuropäer zu entkräften. Dem diente auch das Referat von Ewa Kubis, Abteilungsleiterin im polnischen Komitee für Europäische

Integration.

Die Sicht der Beitrittsländer

Der Budapester Sozialwissenschaftler Béla Galgóczi unterstrich, dass sich die wichtigsten sozialen Probleme in seinem Land nicht aus dem bevorstehenden EU-Beitritt ergäben, sondern aus dem Umbau der Wirtschaft nach 1989 infolge des kommunistischen Zusammenbruchs. Da dafür zu wenig Hilfe aus dem Westen gekommen sei, hätte man die Probleme aus eigener Kraft lösen müssen, vor allem durch den Abbau von Sozialleistungen. Das Modernisierungsdefizit sei so in ein soziales Defizit umgewandelt worden.

Im Beitrag des estnischen Wissenschaftlers Raul Eamets wurden die sozialen Belastungen in den Ländern Osteuropas plastisch dargestellt. Problematisch sei nicht nur die Höhe der Arbeitslosigkeit, sondern auch die unzureichende Orientierung auf eine aktive Beschäftigungspolitik.

In der Slowakei, so die Soziologin Petronela Holecková aus Bratislava, stieg die Arbeitslosigkeit seit 1998 stark auf 19,2 Prozent an. Grund sei die wirtschaftspolitische Konsolidierungspolitik der neuen Regierung. In manchen Regionen habe die Arbeitslosenquote schon 30 Prozent erreicht.

Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Der Höhepunkt der Konferenz bestand am zweiten Konferenztag wie erwartet in der Debatte über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Der Vorschlag der EU-Kommission für eine Übergangsfrist von fünf bis sieben Jahren, innerhalb der die Freizügigkeit für die Bürger der neuen Mitglieder ausgesetzt werden

Foto: Heide Reiss



Dr. Dieter Segert
Politikwissenschaftler, bereitete die Internationale Konferenz der OBS vor und betreut inhaltlich die Kontaktbank Mittel- und Osteuropa im Internet.

Foto: Heide Reiss



Foto: Heide Reiss

Klaus Zwickel
Erster Vorsitzender der IG Metall

soll, wurde bereits nach dem Referat von Petra Erler heftig diskutiert. Klaus Zwickel, Erster Vorsitzender der IG Metall, begründete in seinem Referat die Haltung seiner Organisation. Die Gewerkschaft, so Zwickel, sei an der Übernahme des sozialen Acquis und an einer aktiven Einbeziehung der osteuropäischen Gewerkschaften in den Beitrittsprozess interessiert. Nicht die Zuwanderung von Arbeitnehmern an sich sei das Problem, sondern diese Zuwanderung unter den Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit in Deutschland. Deshalb unterstütze man die Forderung nach einer befristeten Aussetzung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer nach dem Beitritt.

In der Diskussion prallten die Meinungen aufeinander. Bogdan Olszewski von der polnischen Gewerkschaft Solidarność erklärte, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer stelle ein Grundrecht dar, ihre Einschränkung werde in Polen als Ausdruck einer zweitklassigen EU-Mitgliedschaft abgelehnt. Die schon vorhandenen Widerstände in der Bevölkerung gegen einen Beitritt würden sich so noch vergrößern. Schon heute seien nur noch knapp die Hälfte der Polen vom Nutzen des Beitritts überzeugt.

Auch der Vizepräsident der tschechischen Gewerkschaften, Zdenek Málek, warnte vor einer Einschränkung der Freizügigkeit. Aus Sicht seiner Gewerkschaftsföderation bestehe keine Gefahr einer Überflutung des deutschen oder österreichischen Arbeitsmarktes. Málek

kritisierte auch die Überlegung, nur die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit einer hohen Qualifikation zu gestatten. Auch in Tschechien nehme der Enthusiasmus gegenüber dem Beitritt ab.

Rainer Hoffmann, Direktor des Europäischen Gewerkschaftsinstituts, unterstützte die Forderung, die Erweiterung sozial zu gestalten. Der EGB habe kürzlich eine Resolution dazu verabschiedet. Sie verweise auf die Turbulenzen, die aus dem Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West erwachsen. Deshalb sei man für flexible Übergangsfristen. Er forderte die Gewerkschaften zu einem offenen Austausch über die gegensätzlichen Positionen auf. Man solle in gemeinsamen Projekten nach Lösungen suchen. In der Diskussion wies er auf die Tatsache hin, dass die Erweiterung auf beiden Seiten An-

lungen an. In der Diskussion hatte Béla Galgóczi vorgeschlagen, sich über eine zeitlich befristete Quotierung des Zuzugs von Arbeitnehmern aus Osteuropa zu verständigen. Über solche Kompromisse solle man nachdenken, so Zwickel. Die Gewerkschaften müssten miteinander reden und gegenüber der Kommission geschlossen auftreten.

Klaus Lang, Geschäftsführer der Stiftung, erklärte abschließend, die EU müsse stärker beschäftigungspolitisch tätig werden, dann könnten die Ängste vor einem beitriffsbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit besser bekämpft werden. Das gelte auch für Deutschland. Die Übergangsregeln für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern sollten nicht als Abschottungsversuch gestaltet werden, sondern als Schritt in die völlige Offen-

Foto: Heide Reiss



passungsleistungen erforderlich mache, aber bisher die größte Anpassung von den Menschen in den Beitrittsländern verlangt worden sei.

Europa als Chance

Zwickel erklärte am Ende der bewegten Diskussion, dass Europa für alle Partner als Chance erkennbar bleiben müsse. Er schloss sich dem Vorschlag nach einer gemeinsamen Verständigung über Übergangsmodelle und Stufenrege-

heit. Die Arbeit der Stiftung gegenüber Ost- und Mitteleuropa solle durch eine stärkere Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler- und der Friedrich-Ebert-Stiftung effektiv fortgesetzt werden, erklärte Lang zum Abschluss der Tagung.
Dieter Segert

Teilnehmer der Internationalen Konferenz der OBS in Berlin

Alle Beiträge der Tagung können von der Homepage der Otto Brenner Stiftung als PDF-Dateien heruntergeladen werden:
www.otto-brenner-stiftung.de

■ HERBERT EHRENBERG

Das Fiasko des Ultraliberalismus

Viviane Forrester veröffentlichte 1996 eine umfassende Kapitalismuskritik mit dem Titel „Der Terror der Ökonomie“. Mit diesem Buch eroberte die 1927 in Paris geborene Tochter des Bankiers Dreyfuss in Kürze die internationalen Bestsellerlisten. Die Neue Züricher Zeitung schrieb, sie habe das Feld einer populären Gesellschaftskritik für die Linke zurückerobert.

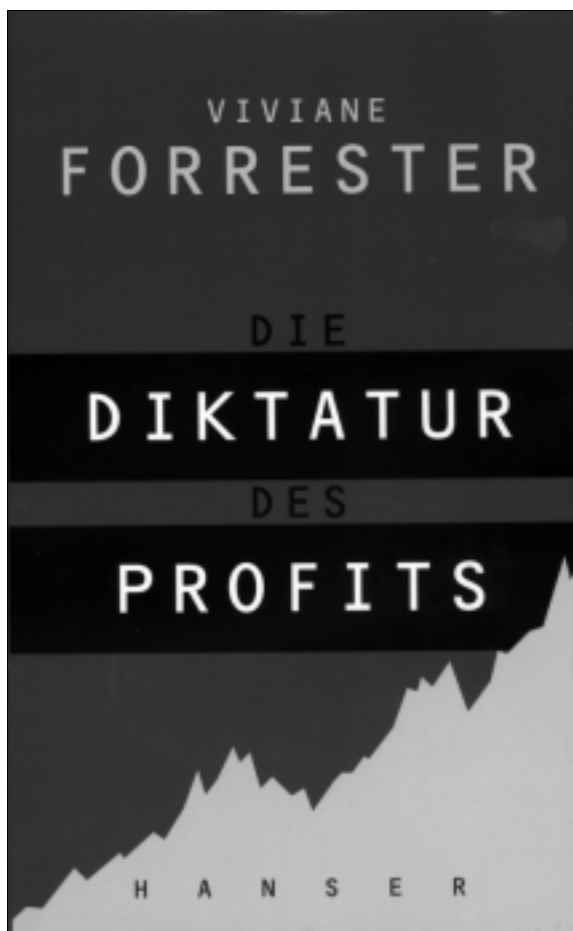
Im Jahr 1996 diagnostizierte Frau Forrester eine „blinde Zustimmung und allgemeine Resignation“ gegenüber dem Liberalismus, den sie als eine „richtige Revolution“ einschätzt. Mit seiner Durchsetzung „gelangte ein neues politisches System an die Macht, das heute alles souverän beherrscht und bereits so stark ist, dass es eine absolute Allgewalt nicht einmal zu zeigen braucht. Ein neues, aber rückschrittliches System, denn es greift auf die Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zurück.“

Im Jahre 2000 wird in „Die Diktatur des Profits“ an vielen Beispielen das „Fiasko des Ultraliberalismus“ dargestellt. Viviane Forrester entlarvt dieses ideologische System einer „Selbstregulierung der sogenannten Marktwirtschaft“, die es geschafft habe, fast allen Menschen den Eindruck zu vermitteln, dass sie einer „weltweiten“ Macht unterliegen, die „angeblich mit der Geschichte selbst eins sein soll“. Ein System, dessen Ideologie das „Prinzip des Politischen“ ausschließt, ist dabei, die Führung des „Planeten zu übernehmen“, doch es überträgt den einzelnen Regierungen die Durchführung.

„Einer der besten Trümpfe, eine der besten Waffen auf diesem Raubzug war die Einführung eines perversen Begriffs, des Begriffs der Globalisierung, der den Zustand der Welt vermeintlich benennt, ihn in Wirklichkeit aber verschleiert, und der – als unscharfes Kürzel ohne wirkliche, zumindest aber ohne präzise Bedeutung – Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur ein-

schließt, sie verschwinden lässt, um sich an deren Stelle zu setzen und dieses Amalgam der Analyse wie auch jeder sachlichen Bestandaufnahme zu entziehen“.

Und als Folge davon: „Entlassen, deregulieren, restrukturieren, die Produktion verlagern, fusionieren, privatisieren, spekulieren: all das sind Maßnahmen, die für die Beschäftigung außerordentlich schädlich sind, die aber sehr selbst-



bewusst als förderlich ausgegeben werden, da sie dem Profit dienen, der Rentabilität und folglich dem Wachstum.“

Forrester führt die lange Liste

von Entlassungen an, denen nicht Vermögensverzehr, sondern kräftige Profitsteigerungen entsprechen. Eine kleine Auswahl:

Am 7. März 1996 wird die Höhe des Einkommens von Robert Allen, Vorstandsvorsitzender von ATT, veröffentlicht: Mit 16,2 Millionen Dollar hat sich sein Gehalt seit dem Vorjahr fast verdreifacht; zwei Monate vorher wurden 40.000 Entlassungen angekündigt.

Am 9. März kündigt SONY 17.000 Entlassungen an; der Börsenkurs steigt am selben Tag um 8,41 Punkte.

Procter & Gamble machen 3,78 Milliarden Gewinn und schließen im Juni 1999 zehn Standorte.

15.000 Mitarbeiter werden entlassen. Der Vorstandsvorsitzende spricht von einer „Wertsteigerung für den Aktionär“.

Eine Meldung aus Deutschland, von der Viviane Forrester nicht wissen konnte, fügt sich in das Bild: Im Februar 2001 verkündet der Chef der Deutschen Bank die größten Gewinne der Nachkriegszeit – zehn Milliarden Mark. Parallel dazu werden 2000 Stellen eingespart.

Um die Kehrseite der großen Kapitalvermehrung zu zeigen, zitiert Viviane Forrester aus dem Human Development Report der Vereinten Nationen von 1998. Unter 17 Industrienationen halten die USA mit 19,1 Prozent die Spitze des Anteils der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze leben, es folgt Großbritannien mit 13,5 Prozent. Frankreich

liegt bei 7,5 Prozent und Deutschland dazwischen.

Die „Goldmedaille“ in Sachen Armut geht vor allem auf die „working poor“ zurück. Am 7. Septem-

AM 25. UND 26. OKTOBER IN BERLIN

Global Governance – Eine politische Alternative zur neoliberalen Globalisierung?

Die Globalisierung und ihre Folgen ist eine der wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Wie verändert sich unter diesen Bedingungen Nationalstaat und Demokratie? Welche neuen Gestaltungsmöglichkeiten werden dadurch notwendig?

ber 1999 erklärte der frühere US-Arbeitsminister Robert Reich in Le Monde: „Es gibt in den Vereinigten Staaten eine Kategorie von Erwerbstätigen, die Vollzeit arbeiten und nicht genug verdienen, um aus dem Elend herauszukommen. Zu diesen working poor gehören 12 Millionen Menschen.“

Gleichzeitig vergrößert sich die Kluft zu der „Minderheit, die sich immer schneller und schneller bereichert“.

Viviane Forrester ruft die öffentliche Meinung auf, den „Kurs zu wechseln, sich nicht mehr verpflichtet zu fühlen, das gerade modische Spiel

mitzuspielen“. Nach Meinung der Autorin besteht bei „zahlreichen politischen Verantwortlichen“ der Wunsch, den „Ultraliberalismus und seine Diktatur“ abzuschaffen. Von der öffentlichen Meinung unterstützt, könnte man diesen Praktiken durch die „Gesetzgebung Einhalt gebieten“ und auf dieser Grundlage Deregulierungen bekämpfen.

Eine glänzend geschriebene, gut recherchierte Analyse, die vielleicht auch manchen „Modernisierer“ zum Nachdenken bringt.



Dr. rer. pol.
Herbert
Ehrenberg

Viviane Forrester: Die Diktatur des Profits. Aus dem Französischen von Tobias Scheffel. Carl Hanser Verlag, München 2001. 210 Seiten. 34 Mark.

ZUR PERSON

Dr. rer. pol. Herbert Ehrenberg, geboren 1926, war zuletzt Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium. Er lebt heute im „Unruhestand“ im Landkreis Friesland und ist publizistisch tätig.

In diesem Kontext macht das Konzept von Global Governance derzeit Karriere. Aber was ist Global Governance konkret? Es ist das formelle und informelle Zusammenwirken von Regierungen, internationalen und supranationalen Institutionen, ökonomischen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) – und zwar auf internationaler, nationaler und lokaler Politikebene.

Bei der Global Governance werden von verschiedenster Seite die damit ins Auge gefassten internationalen Institutionen und Regelungen als Alternative zur globalen Entfesselung der Marktkräfte gesehen. Das Konzept versucht Staatlichkeit im Prozess der Globalisierung neu zu gestalten und dem Wirtschafts- und Politikmodell des Neoliberalismus eine politische Alternative entgegen zu setzen.

Dieses Thema will die Otto Brenner Stiftung in den Mittelpunkt ihrer dritten Jahrestagung stellen. Wir wollen darüber diskutieren, ob durch die Global Governance neue Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität besprochen werden können und damit den neoliberalen Argumentationsmustern entgegen gewirkt werden kann.

Die Diskussion wird sich auf die folgenden drei Themenblöcke konzentrieren:

■ IWF und Weltbank zwischen Beharrungsvermögen und Reformnotwendigkeit

■ Nachhaltige Klimapolitik als Prüfstein für die Global Governance

■ Gewerkschaften und NGOs als Akteure der Global Governance

Auch bei dieser Jahrestagung werden wieder kompetente und interessante Referenten für die Diskussion zur Verfügung stehen. Als Eröffnungsredner erwarten wir Dani Rodrik, Professor für internationale politische Ökonomie an der Harvard-University, der in seinem Beitrag mögliche Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität im Rahmen von Global Governance aufzeigen wird. Über die Reformnotwendigkeit der internationalen Institutionen diskutiert u.a. Nicola Bullard von der NGO Focus On The Global South aus Thailand. Klaus Zwickel, 1. Vorsitzender der IG Metall, wird sich mit Vertretern international tätiger NGOs und Gewerkschaften über die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure auseinandersetzen.

Die Jahrestagung findet am 25. und 26. Oktober in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg in Berlin statt.

Wenn Sie teilnehmen möchten, können Sie uns bereits jetzt eine E-Mail senden (obs@igmetall.de), wir merken Sie vor. Im August werden wir zur Jahrestagung und Preisverleihung einladen. Dann können Sie sich auch offiziell über unsere homepage (www.otto-brennerstiftung.de) anmelden und dort das komplette Programm herunterladen.

Weitere Informationen:

Heike Kauls, Telefon 0 30/25 39 60 13 und E-Mail: heike.kauls@igmetall.de

BrennerExpress

INTERNET

Kennen Sie den elektronischen Newsletter der Otto Brenner Stiftung?

Wir haben einen Service eingerichtet, der noch nicht allen Leserinnen und Lesern bekannt sein dürfte: den Newsletter der OBS.

Wenn Sie auf unserer Homepage oben rechts die Rubrik „Newsletter“ öffnen, können Sie sich hier in unseren Verteiler eintragen. Nicht öfter als alle drei bis vier Wochen erhalten Sie dann von uns einen

aktuellen Hinweis auf Neuigkeiten aus der Stiftungsarbeit: Eine kurzfristig angesetzte Tagung, ein neu erschienenes Gutachten und ähnliche Informationen werden Ihnen dann automatisch als E-Mail zugeschickt.

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Dann tragen Sie sich doch gleich ein unter <http://www.otto-brenner-stiftung.de/top.newsletter/>



IMPRESSUM

Der BrennerBrief erscheint viermal im Jahr als Informationsdienst der Otto Brenner Stiftung.
 Herausgeber: Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/Main
 Verantwortlich: Heike Kauls
 Redaktion: Heike Kauls, Andrea Weingart
 Redaktionsanschrift: Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin, Telefon 0 30 / 25 39 60-10, Fax - 11
 E-Mail: obs@igmetall.de, Internet: www.otto-brenner-stiftung.de
 Layout: Stefan Rohloff
 Druck und Vertrieb: Druck Vogt GmbH, Schmidtstraße 6, 10179 Berlin
 Nachdruck frei bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren.

Die Otto Brenner Stiftung ist die Wissenschaftsförderinrichtung der IG Metall. Als Forum für gesellschaftliche Diskurse ist sie dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Besonderes Augenmerk gilt dem Ausgleich zwischen Ost und West.



29.6.-1.7.2001, Berlin
 Sitzung der AG Rechtsextremismus in der IG Metall Bildungsstätte Berlin

30.6.2001, Berlin
 Annahmeschluss für Projektanträge der Zustiftung Ost an das Berliner Büro der OBS

30.6.2001
 Bewerbungsschluss für den Otto Brenner Preis an das Berliner Büro der OBS

6.7./7.7.2001, Berlin
 „Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa.“ Eine Tagung des Arbeitskreises Soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft u. a. in Kooperation mit der OBS im WZB in Berlin
Achtung: Terminänderung!

4.9.2001, Berlin
 Sitzung des Projektausschusses der OBS im Mendelsohn-Bau in Berlin

27./28.9.2001, Berlin
 „Rechtsextremismus in den Gewerkschaften – Vorurteil oder Realität?“ Eine Veranstaltung der Otto Brenner Stiftung in Kooperation mit der IG Metall in der PALISA.DE in Berlin-Friedrichshain

25./26.10.2001, Berlin
 „Global Governance – eine politische Alternative zur neoliberalen Globalisierung?“ Die Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung ist in diesem Jahr verbunden mit der Verleihung des Otto Brenner Preises und findet in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg in Berlin statt.

Otto Brenner Stiftung